

Frankreich im Ausnahmezustand. Hunderttausende Jugendliche gehen auf die Straße. Vereinzelt kommt es auch zu Straßenschlachten, Plünderungen und brennenden Barrikaden. Auch in Deutschland sind die politischen und medialen Eliten über so viel Ungehorsam entsetzt. Biologisch und geistig alte Männer pöbeln in den sozialen Netzwerken. Wie können die jungen Menschen nur so undankbar sein? Haben sie denn keinen Respekt mehr vor dem Eigentum anderer Leute? Doch wer diese Fragen stellt, hat das Problem offenbar nicht verstanden. Eine Gesellschaft, die ihrer Jugend systematisch die Zukunft nimmt, darf sich nicht wundern, wenn diese irgendwann auf die Barrikaden geht. Die eigentliche Frage ist nicht, warum Frankreichs Jugend rebelliert, sondern warum sie es erst jetzt tut. Ein Essay von **Jens Berger**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/261021_Die_Jugend_rebelliert_und_die_Elite_n_verstehen_die_Welt_nicht_mehr_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Es begann mit einer Forderung: Frankreichs Schüler wollten mehr Lehrer, bessere Schulen und vernünftige Lernbedingungen. Unerhört. Sie wollten keine Weltrevolution, keine Abschaffung des Kapitalismus, ja noch nicht einmal eine grundlegende Reform des Bildungssystems. Die Jugend wollte schlicht, dass der Staat seine elementarsten Aufgaben erfüllt. Doch selbst das scheint im Frankreich des Jahres 2026 bereits eine radikale Forderung zu sein. Und nicht nur dort.

Aus den Schülerprotesten wurde eine landesweite Bewegung. Während die Deutschen in ihrer Duldungsstarre verharren, gingen unsere Nachbarn auf die Straße. Gewerkschaften schlossen sich an, Hunderttausende demonstrierten gegen Sparpolitik, steigende Lebenshaltungskosten und den Verfall öffentlicher Dienstleistungen. Schließlich eskalierten Teile der Proteste in Gewalt. Das ist praktisch. Seither dominieren Bilder brennender Autos und geplündelter Geschäfte die Schlagzeilen. Über die ursprünglichen Forderungen spricht kaum noch jemand.

Für die Medien und die Verteidiger des Status Quo ist dies freilich ein gefundenes Fressen. Denn über Gewalt lässt sich trefflich empören. Über die Ursachen der Gewalt müsste man hingegen nachdenken. Und dabei käme man womöglich zu unangenehmen Erkenntnissen.

Willkommen in der Gesellschaft der Überflüssigen

Bereits 2011 veröffentlichte der Sozialpsychologe Götz Eisenberg [auf den NachDenkSeiten einen bemerkenswerten Text](#) über die damaligen Jugendunruhen in England. Sein Titel: „Die große Wut der Überzähligen“. Eisenberg beschrieb eine Generation, die von der Gesellschaft nicht mehr gebraucht wird, deren Arbeitskraft entbehrlich erscheint und der die Möglichkeit genommen wurde, durch eigene Anstrengung ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Fünfzehn Jahre später scheint diese Analyse aktueller denn je.

Unser profit- und renditeorientiertes Wirtschaftssystem hat ein Problem, das in der beginnenden KI-Ära, der zweiten digitalen Revolution, nicht geringer geworden ist. Es braucht die jungen Menschen als Konsumenten, aber immer weniger von ihnen als gut bezahlte Arbeitskräfte. Es verspricht ihnen unbegrenzte Möglichkeiten, bietet ihnen aber allzu oft nur prekäre Beschäftigung. Es verlangt Flexibilität, Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung, verweigert ihnen jedoch die materielle Grundlage für ein eigenständiges Leben. Sicherheit, Planbarkeit und Zukunft sind abstrakte Visionen einer vergangenen Zeit. Der Gesellschaftsvertrag wird brüchig.

Eine eigene Wohnung? Für viele unbezahlbar. Eine sichere berufliche Zukunft? Zunehmend ein Privileg. Eine Familie gründen, Kinder bekommen, sich etwas aufbauen? Das alles wird für immer mehr junge Menschen zu einem Wunschtraum. Und je mehr Pech man in der Spermienlotterie hatte, desto hoffnungsloser der Traum.

Gleichzeitig wird ihnen unablässig erzählt, sie lebten in der besten aller möglichen Welten. Sie müssten sich eben mehr anstrengen, fleißiger sein, sich besser qualifizieren. Scheitern gilt als individuelles Versagen. Dass womöglich die gesellschaftlichen Verhältnisse versagen, kommt in dieser Erzählung nicht vor. Doch wie lange kann man einer ganzen Generation eigentlich erklären, sie sei selbst schuld an ihrer Perspektivlosigkeit?

Die doppelte Moral des Eigentums

Besonders aufschlussreich ist die Empörung über die Plünderungen. In der *BILD-Zeitung*, dem Leitorgan des deutschen Kleinbürgers, echauffierte man sich lautstark, dass „vermummte Schläger“ ein Paris eine Louis-Vuitton-Boutique „plünderten“. Mehr Metapher geht nicht. Wo kämen wir denn auch hin, wenn unterprivilegierte Nichtsnutze sich die absurd überteuerten Distinktionsmerkmale unserer Klassengesellschaft aneignen? Das steht ihnen gleich im doppelten Sinne nicht zu. Ja, der Schutz des Eigentums ist uns heilig. Der Schutz des Eigentums derer, denen ohnehin fast alles gehört, ist uns offenbar umso heiliger. Hätten die „Schläger“ eine Primark-Filiale geplündert, wäre dies wohl nur eine Randnotiz geblieben.

Selbstverständlich ist es verwerflich, Geschäfte auszurauben oder das Eigentum Unbeteiligter zu zerstören. Doch bemerkenswert ist, wie selektiv unsere Gesellschaft den Begriff der Plünderung verwendet. Wenn ein Jugendlicher einen Fernseher aus einem Geschäft trägt, ist er ein Plünderer – vor allem dann, wenn er auch noch einen Migrationshintergrund hat. Bilder von brandschatzenden Barbaren tauchen da in unseren Köpfen auf. Wenn aber große Finanzinvestoren ganze Wohnungsbestände aufkaufen und anschließend die Mieten in die Höhe treiben, nennt man das unternehmerisches Handeln. Wenn die kleinen Geschäfte in den Innenstädten nicht von „vermummten Schlägern“, sondern von Private-Equity-Firmen geplündert werden, ist das Marktwirtschaft. Wenn die öffentliche Infrastruktur durch jahrelange Kürzungspolitik verkommt, ist das Haushaltsdisziplin. Wenn die Steuerpolitik die Vermögenskonzentration begünstigt, spricht man von Standortwettbewerb. Merke: Die Zerstörung der Gesellschaft ist gut, wenn sie von oben kommt, und böse, wenn sie von unten kommt.

Und bevor sich der eine oder andere Leser nun empört: Natürlich sind dies rechtlich völlig unterschiedliche Vorgänge. Doch die moralische Empörung folgt offenbar weniger dem gesellschaftlichen Schaden als der Frage, wer ihn verursacht.

Der österreichische Publizist Robert Misik hat diese Doppelmoral in seinem Essay [„Die wahren Plünderer“](#) treffend beschrieben. Die gut situierten Eliten fürchten jene jungen Menschen, deren Lebensperspektiven durch eine Politik zerstört werden, von der sie selbst profitieren. Das eigentlich Erschreckende ist dabei nicht einmal die Doppelmoral. Es ist die Selbstverständlichkeit, mit der sie vorgetragen wird.

Wenn aus sozialer Ungleichheit ein Sicherheitsproblem wird

Besonders deutlich zeigt sich dies in den französischen Vorstädten. Die Banlieues sind seit Jahrzehnten Sinnbild einer gespaltenen Gesellschaft. Hier leben Menschen, die auf dem Papier und „vor Gott“ dieselben Rechte besitzen wie ihre wohlhabenden Landsleute, deren tatsächliche Lebenschancen jedoch fundamental andere sind. Die soziale Ausgrenzung hat eine lange Geschichte, die auch mit Frankreichs kolonialer Vergangenheit zusammenhängt. Hinzu kommen Diskriminierung, Arbeitslosigkeit, der Niedergang industrieller Beschäftigung und ein chronisch unterfinanzierter öffentlicher Sektor.

Doch anstatt diese Probleme zu lösen, behandelt der Staat ihre Folgen bevorzugt als Sicherheitsfrage. Wo Schulen verfallen, fordert man mehr Polizei. Wo Perspektiven fehlen, verlangt man härtere Strafen. Und wenn Jugendliche schließlich ihre Wut auf der Straße entladen, gilt dies als Beweis dafür, dass der Staat bislang nicht hart genug durchgegriffen habe. Und dies- und jenseits des Rheins schreien nun wieder die am lautesten, die seit

Ewigkeiten der für diese Missstände verantwortlichen Austeritätspolitik das Wort reden. Man muss kein Freund brennender Barrikaden sein, um dies alles absurd und verlogen zu finden.

Gewalt ist keine Lösung gesellschaftlicher Probleme. Aber sie entsteht eben auch nicht im luftleeren Raum. Wo politische und ökonomische Macht anonym geworden ist, richtet sich die Wut gegen die nächstgelegenen Symbole – Symbole wie Louis Vuitton. Ein Schaufenster lässt sich einschlagen. Die Finanzmärkte, die Sparpolitik und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse lassen sich mit einem Pflasterstein nicht treffen. Und am Ende zahlen eh die Versicherungen, also die Allgemeinheit, für die Schäden.

Gerade deshalb ist diese ungerichtete Gewalt so tragisch. Sie trifft häufig die Falschen und liefert jenen die Rechtfertigung für neue Repressionen, die an den Ursachen der Revolte nichts ändern wollen.

Eine Generation kündigt den Gesellschaftsvertrag

Die französischen Proteste offenbaren jedoch noch ein tiefer liegendes Problem. Der gesellschaftliche Konsens der Nachkriegsjahrzehnte beruhte auf einem stillschweigenden Versprechen: Die nächste Generation soll es einmal besser haben als die vorherige. Dieses Versprechen wurde seit Jahrzehnten schrittweise zurückgenommen [und ist heute nur noch eine hohle Phrase](#) in den Sonntagsreden zur Steigerung der Arbeitsmoral.

Ausgerechnet die Generation, die mit dem Versprechen grenzenloser Möglichkeiten aufgewachsen ist, soll nun akzeptieren, dass bezahlbarer Wohnraum, soziale Sicherheit und ein funktionierender Sozialstaat nicht mehr finanzierbar seien. Gleichzeitig wird sie mit den Kosten früherer politischer Entscheidungen und einer immer größeren Staatsverschuldung konfrontiert.

Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums erscheint dabei als unveränderlich. Gespart werden soll vor allem dort, wo die Mehrheit auf öffentliche Leistungen angewiesen ist. Dass man auch die Vermögenden stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen könnte, wird zur wirtschaftspolitischen Zumutung erklärt. Was soll die Jugend daraus lernen? Dass Demokratie bedeutet, alle paar Jahre wählen zu dürfen, ansonsten aber die Entscheidungen der vermeintlich alternativlosen Sachzwänge hinzunehmen?

Eine Demokratie lebt nicht allein von Wahlen. Sie lebt auch davon, dass Menschen eine realistische Möglichkeit sehen, ihre Lebensverhältnisse politisch zu verändern. Verschwindet diese Überzeugung, verliert die demokratische Ordnung ihre gesellschaftliche

Grundlage.

Das ist die eigentliche Botschaft der Ereignisse vom Wochenende. Nicht der brennende Müllcontainer bedroht die Demokratie, sondern der schleichende Verlust des Glaubens daran, dass sie noch im Interesse der Mehrheit funktioniert. Und hier liegt auch die Warnung an Deutschland. Noch sind die sozialen Konflikte hierzulande weniger explosiv. Doch die gesellschaftlichen Entwicklungen sind durchaus vergleichbar. Eine Politik, die jungen Menschen immer neue Opfer abverlangt und gleichzeitig die bestehenden Vermögens- und Machtverhältnisse unangetastet lässt, spielt mit dem Feuer.

Die französische Jugend hat diesen Widerspruch offenbar begriffen. Die politische Elite hingegen diskutiert lieber über Polizeieinsätze, Ausgangssperren und schärfere Strafen. Vielleicht wäre es an der Zeit, ausnahmsweise mal der Jugend zuzuhören. Denn wer einer Generation die Zukunft nimmt, sollte sich nicht darüber wundern, dass sie irgendwann die Gegenwart infrage stellt.

Titelbild: Adesse Images/shutterstock.com 